

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/20

28. Januar 1972

Die Opposition und das Mineralöl

Ein nachdenkliches Wort zur Taktik der CDU/CSU

Von Alex Möller MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 / 47 Zeilen

Dohnanyi vor einem schweren Gang

Die Bildungsreform braucht Unterstützung
aller Sozialliberaler

Seite 2 / 48 Zeilen

Wir brauchen mehr Allgemeinärzte

Ein mahndendes Wort zum Thema Volksgesundheits-
vorsorge

Von Dr. med. Bendix Karx

Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Ärzte Hessen

Seite 3 und 4 / 80 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 95
Telex: 888 846 / 888 847
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Opposition und das Mineralöl

Ein nachdenkliches Wort zur Taktik der CDU/CSU

Von Alex Möller MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD

Die Kontrastpolitik der Opposition treibt schon seltsame Blüten. Da wurde doch dieser Tage im Bundestag neben anderen die Frage der Erhöhung der Mineralölsteuer behandelt, eine Maßnahme, die sich besonderer Popularität nicht erfreuen kann. Unter diesem Aspekt wird es denn auch niemand den Unionsparteien verübeln, wenn sie sich mutig und entschlossen zu einem donnernden "Nein" aufge- rafft haben; der leidgeprüfte Wähler wird's schon honorieren. - meint man.

Bessger Wähler aber, weniger vergeßlich als gemeinhin ange- nommen und glücklicherweise in den weitaus meisten Fällen mit einem Intelligenzgrad deutlich oberhalb der Imbezillitätsschwelle ausge- stattet, dürfte angesichts der mannhafte[n] Tat des Vorsitzenden Barzel und seiner Anhänger sich eines nicht gar zu lange zurück- liegenden Vorgangs erinnern:

Namhafte Oberhäupter deutscher Städte, Sozialdemokraten zumal, wie etwa Hans Koschnick oder Hans-Jochen Vogel, führten bewegte und von keinem Kundigen als unberechtigt bestrittene Klage über die wachsenden finanziellen Probleme unserer Kommunen; sie forderten Hilfe und Abhilfe. Die Opposition, kaum hatte sie der Ruf vernommen, machte sich zum beredten Anwalt solcher guten Sache und konnte, Sorgenfalten in zahlreichen Gesichtern dem ergriffenen Wähler präsentierend, nicht umhin, die finanzielle Mißwirtschaft der sozial-liberalen Koalition als Wurzel allen Übels zu entlarven. Der Bund, seit 1969 schlecht, wenn überhaupt, regiert - und ohne christlich-demokratische Beteiligung wohl ohnehin so gut wie gar nicht, jedenfalls aber gar nicht gut regierbar -, so hieß es, lasse es an der erforderlichen Unterstützung fehlen, sei auch dazu wegen seiner selbstverschuldeten eigenen Finanzprobleme nicht in der Lage.

Wie denn? Sollte sich die Lage der Städte so plötzlich ver- bessert haben, die von der Bundesregierung ihnen zugedachte zu- nächst gut eine Milliarde Mark jährlich aus der Mineralölsteuer- erhöhung nun einen unwürdigen Empfänger treffen?

Gewiß nicht. Die CDU/CSU, wie anders, ist wohl für eine fühl- bare Verbesserung der Finanzausstattung der Städte und Gemeinden, nicht hingegen für die Steuererhöhung, aus der sich eine solche Zu- wendung finanzieren ließe. Denn: soll die Bundesregierung doch die erforderlichen Mittel einfach aus ihrem Haushalt nehmen. Da, frei- lich, ist auch nach Meinung der Opposition nichts zu holen, im Gegenteil, legt sie doch den immer mahnend erhobenen Finger nur zu gern in die Wunde der zahlreichen Risiken, die der Etat angeblich birgt. Und dieses Damoklesschwert noch dräuender gestalten durch Einstellung zusätzlicher Milliarden für die Städte? Das kann auch die Opposition nicht wollen.

Was will sie dann? An die Regierung.

Ach, die liebe CDU/CSU. Sie befindet sich für viele Jahre im Wartestand. Würde sie diese Entwicklung erkennen, so wäre der erste Schritt zur Besserung vollzogen. (-/ec/28.1.1972/ks)

Dohnanyi vor einem schweren Gang

Die Bildungsreform braucht Unterstützung aller Sozialliberaler

Die hohen Wogen, die der Wechsel im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft geschlagen hat, dürften sich bald wieder glätten. Der Rücktritt eines Ressortchefs gehört nirgendwo zu den Seltenheiten einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie. Nur bei uns, in diesem jungen Staat, empfindet man das noch als eine Sensation, ja als einen unerhörten Vorgang, der die Fundamente der Regierung erschüttern könnte oder, nach den Wünschen der Opposition, sogar sollte.

CDU und CSU lassen ihrer blühenden Phantasie daher auch ungenemten Lauf. Da wird von den Kräften der sozialliberalen Koalition gesprochen, die ihren ideologischen Utopievorstellungen den Vorrang geben und derentwegen der Pragmatiker Leussink auch weichen müssen. CDU und CSU bewerten den Ministerwechsel nicht nur als einen schweren Schlag gegen die Bildungspolitik, sondern gegen die ganze Reformpolitik der Bundesregierung. Als ungelernete und in dieser Aufgabe noch immer nicht etablierte Oppositionspartei kann sie wahrscheinlich nichts anderes. Das hat sie auch schon bei früheren Gelegenheiten bewiesen. Gewinn kam dabei für sie freilich noch nicht heraus.

Zu den mannigfachen Gründen, die den unabhängigen Fachmann Leussink bewogen haben, sein schwieriges Amt zur Verfügung zu stellen, gehört vor allem das Scheitern seiner Bemühungen, in den vier Hauptbereichen unseres Bildungswesens: Schule, Hochschule, Beruf und Erwachsenenbildung ein möglichst hohes Maß an Übereinstimmung auch mit den Unionsparteien zu erreichen. Aber waren es nicht gerade die CDU/CSU-geführten Länder, die bisher alle Reformbestrebungen blockierten und der Bildungspolitik der Bundesregierung den Kampf ansagten? Auch auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens erweisen sich die Unionsparteien als eine reformbehindernde Kraft, deren Blick rückwärts geht. Fast jede der Notwendigkeiten des letzten Drittels dieses Jahrhunderts Rechnung tragende Reform gilt ihnen von vornherein als verdächtig, ja sie leiten daraus in blinder Verkennung eine Gefahr für Staat und Gesellschaft ab.

Unabhängig davon gilt es aber auch zu erkennen, daß große Vorhaben, die eine Erneuerung und Modernisierung unserer Gesellschaft zum Ziele haben, in einer einzigen Legislaturperiode nicht zu erfüllen sind. Das gilt trotz bestehender verheißungsvoller Ansätze auch und besonders für unser ganzes reformbedürftiges Schul- und Bildungssystem. Zu groß sind die Rückstände, die beseitigt werden müssen, zu hemmend die Vorurteile, die immer noch wirksam sind, und zu stark die Widerstände, mit denen es gerade Schul- und Bildungsreformer zu tun haben. Sie liegen nicht nur in der föderalistischen Struktur unseres Bundesstaates, die Wirkungsmöglichkeiten des Bundes sehr beengen. Auch ein Minister für Bildung und Wissenschaft muß die finanziellen Gegebenheiten berücksichtigen. Er kann nicht aus dem vollen schöpfen. Zwar ist der Haushalt für dieses Ministerium im Vergleich zu anderen Haushalten beträchtlich erhöht worden, doch die Steigerung reicht nicht aus, um den vielfältigen Bedürfnissen Genüge zu tun.

Der neue Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und sein neuer Parlamentarischer Staatssekretär treten einen schweren Gang an. Für die Erfüllung ihrer Aufgabe bedürfen sie die unabhängig fördernde Unterstützung aller fortschrittlich sozialliberalen Kräfte im Bund und in allen Ländern. + + + (ae/ex/28.1.1972/bgy)

Wir brauchen mehr Allgemeinärzte

Ein mahnendes Wort zum Thema Volksgesundheitsvorsorge

Von Dr. med. Bendix Kark

Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Ärzte Hessen

Statistiken sind manchmal besonders aufschlußreich durch das, was sie nicht enthalten. Wer gewillt ist, gesundheitspolitisch wichtige Zahlenkolonnen zu interpretieren, sollte die Ärztestatistik 1971 unter dem Gesichtspunkt zergliedern, warum die Gruppe der Allgemeinärzte ausgeklammert geblieben ist. Der Bestand an Ärzten in freier Praxis hat zwar im Jahre 1971 in der BRD einschließlich Westberlin um 997 zugenommen. Über die Abnahme des Bestandes an Allgemeinärzten und besonders über deren Altersstruktur schweigen sich gewisse Statistiken jedoch merkwürdigerweise gerne aus.

Warum? Weil der Facharztrend dadurch verdeutlicht werden könnte, oder weil dadurch umgekehrt zu erkennen wäre, daß bei ständig steigendem Bedarf an Allgemeinärzten immer mehr jüngere Ärzte und Medizinstudenten vom Beruf des Allgemeinarztes nichts mehr wissen wollen? Soll über dieses heiße Eisen nicht öffentlich diskutiert werden? Müssen wir uns nicht gemeinsam überlegen, zu welchen Konsequenzen eine unzureichende Zahl an Allgemeinärzten und vor allem deren Verteilung über das Bundesgebiet führt? Nach Auffassung der sozialdemokratischen Ärzte muß diesen Konsequenzen sogar sehr intensiv nachgegangen werden! Denn von Zahl, Qualifikationsmerkmalen und Verteilung der Ärzte in freier Praxis hängt die Erfüllung des gesetzlichen Sicherstellungsauftrages und von dieser die Volksgesundheit in hohem Maße ab.

Der Facharztrend innerhalb der Studentenschaft und in den Reihen der Jungärzte ist oft statistisch einwandfrei belegt worden. Diesen Trend in Abrede stellen zu wollen, würde bedeuten, daß man Statistiken und nackten Zahlen einen Stellenwert zumesse, um den man sich keine darüber hinaus gehenden Gedanken zu machen braucht! Gewiß besitzt die BRD absolut gesehen genügend Mediziner, 10.000 mehr könnten dem "Gesundheitsmarkt" trotzdem nicht schaden. Überall macht man sich mit Recht Sorgen um die Alterspyramide der Allgemeinärzte und fragt, wann der Mangel insbesondere an jüngeren Landärzten bedrohlich werden wird. Gesundheitspolitiker, die den Faden zum Hochschulbetrieb von heute nicht völlig verloren haben, müssen weder gelernte Futurologen, noch geschulte Dialektiker sein, um weissagen zu können, daß die BRD in Kürze vor einem Allgemeinärztemangel stehen wird, von dem Gefahren für die Volksgesundheit ausgehen.

Fachärzte sind unentbehrlich. Über Selbstverständlichkeiten sollte man kein Wort verlieren. Aber Fachärzte in freier Praxis garantieren alleine nicht die Erfüllung des gesetzlichen Sicher-

stellungsauftrages, besonders dann nicht, wenn sie zahlenmäßig wesentlich stärker vertreten sind als Allgemeinärzte. Ärzte sind für Nichtärzte da, nicht umgekehrt. Genau deswegen liegt es im ureigenen Interesse der Ärzteschaft, dafür zu sorgen, daß der augenblickliche Engpaß an Allgemeinärzten dauerhaft überwunden wird. Nur die Sicherstellung der Freiheiten des Arztes garantiert die der Patienten und umgekehrt. Jede Freiheit findet dort ihre natürliche Begrenzung, wo sie sich selbst ad absurdum führt.

Zur attraktiven Ausgestaltung der Wissensvermittlung und zur optimalen Darstellung der unvergleichlich großartigen Rollenfunktion des praktischen Arztes hat ein Ausschuß unter der Federführung des hessischen Sozialministers Dr. med. Horst Schmidt ange-regt, Lehrstühle für Allgemeinmedizin zu errichten. Diese progres-sive Anregung entspricht genau der Zielabsicht der Novelle zur Approbationsordnung für Ärzte vom 28. Oktober 1970. Sie ist als Teil der inneren Reformen der sozialliberalen Bundesregierung Brandt-Scheel in der Öffentlichkeit kaum zur Notiz genommen worden.

Wenngleich auch die Bestallungsnovelle für Ärzte keine aus-drückliche Definition des Ausbildungsziels enthält, so geht doch aus dem umformulierten Text eindeutig hervor, daß als Ziel der Ausbildung der sozialmedizinisch orientierte Allgemeinarzt gemeint ist. Nur wenn er in ausreichender Zahl und in ausgegli-chener Verteilung zur Verfügung steht, braucht sich niemand un-nötige Sorgen um die Volksgesundheit zu machen. Ob unsere medizi-nischen Fachbereiche an allen Hochschulen ihre Sozialpflichtigkeit erkennen oder verkennen, ist eine Frage, die die gesamte BRD inte-ressieren sollte. Das erkennbare Desinteresse der Kommunikations-medien an problem- und zukunftsorientierten Daten der Gesundheits-politik und der Hochschulpolitik ist vom allgemeinärztlichen Aspekt her gesehen symptomatisch für die desolante Vertassung unserer Ge-sellschaftsordnung überhaupt: Systemüberwinder finden ihr Wohlge-fallen, Systemevolutionäre sind ihnen viel zu langweilig.

Der Bundesgesundheitsministerin Käthe Strobels Satz, daß der Gesundheitspolitik zum Nachteil von Mensch und Gesellschaft nicht immer der Rang eingeräumt worden ist, der ihr zukommt, trifft den Nagel genau auf den Kopf. Denn: Gesundheit des Einzelnen und Gesundheit des Ganzen sind die Voraussetzungen für das Komplementpaar KAPITAL und ARBEIT. Solange diese beiden Sätze nicht überall den Rang eingeräumt bekommen, der ihnen zusteht, sind Sorgen um die Volksgesundheit angebracht.

(-/ ex/20.1.1972/ks)